

Interamerikanische Menschenrechtskommission ordnet Schließung der Mine Marlin an

Die Mine Marlin des Unternehmens Montana Exploradora, Tochtergesellschaft des kanadischen Unternehmens Goldcorp Inc., operiert seit dem Jahr 2005 im Departement San Marcos im westlichen Hochland Guatemalas und ist die größte ihrer Art in Zentralamerika. Seit dem Tag der Inbetriebnahme wuchs vor allem der Widerstand der umliegenden Gemeinden gegen dieses und andere Megaprojekte im Land, wobei diese vor allem das in der ILO –Konvention Nr. 169 verankerte Recht einfordert, frühzeitig über Projekte in ihren Territorien informiert und befragt zu werden.

Am 20. Mai diesen Jahres ordnete die Interamerikanische Menschenrechtskommission CIDH die einstweilige Stilllegung der Mine Marlin an – zum Schutz der Bevölkerung, wie sie erklärte. Zudem forderte sie die Einsetzung von vorbeugenden Maßnahmen, um eine weitere Verschmutzung der Umwelt zu verhindern. Konkret betrifft das die Reinigung der Wasserquellen und im Weiteren die Behandlung von Krankheiten und gesundheitlichen Schäden, die möglicherweise durch die von der Mine verursachte Kontamination hervorgerufen wurden. „Das Leben und die physische Integrität der Bevölkerung muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein“ (Presseaussendung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, 20. Mai 2010).

Am 18. Juni besuchte der UN-Sonderbeauftragte für die Rechte indigener Völker, James Anaya, San Marcos und San Juan Sacatepequez. Anaya äußerte am Ende seines Besuches ebenfalls seine Befürchtungen über die negativen Auswirkungen der Mine Marlin auf die Bevölkerung und bekräftigte das Urteil der CIDH.

Nach anfänglicher Weigerung sah sich die Regierung zumindest formell zum Handeln gezwungen. Präsident Alvaro Colom erklärte am 24. Juni, der Empfehlung der Kommission Folge zu leisten zu wollen, und ordnete die Schließung der Mine an. Im gleichen Atemzug verkündete er den Rücktritt von Energie- und Bergbauminister Carlos Meany – der nach offizieller Version aus gesundheitlichen Gründen erfolgte (Prensa Libre, 24. Juni).

Das Urteil der Kommission und die Erklärung der Regierung taten dem Betrieb der Mine Marlin allerdings keinen Abbruch. Er ist nach wie vor aufrecht und die Aktivitäten zum Abbau von Gold und Silber nehmen ihren gewohnten Gang. Der bürokratische und rechtliche Dschungel im guatemaltekischen Staat ist dicht und undurchsichtig. „Es dürfen hier keine falschen Hoffnungen geschaffen werden. Eine zwischenzeitliche Schließung und die Umsetzung der vorbeugenden Maßnahmen kann mehrere Jahre in Anspruch nehmen“, befürchtet Yuri Melini, Direktor des Zentrums für rechtliche Aktionen in Umweltthemen CALAS – *Centro de Accion Legal Ambiental* (Prensa Libre, 25. Juni). Man müsse außerdem zuerst alle MitarbeiterInnen und die Unternehmensleitung von Montana Exploradora kontaktieren und informieren. Von dieser erwarte man allerdings, dass sie alle Rechtsmittel ausschöpfen werde, um die Schließung zu verhindern. Ein starker rechtlicher Disput scheint vorprogrammiert.

In dieselbe Kerbe schlägt Umweltminister Luis Ferraté. Zurzeit beschäftige man sich damit, wie eine Schließung rechtlich bewerkstelligt werden könne. Bis jetzt könne man jedoch noch keine Details preisgeben, schließlich sei man auch zum ersten Mal mit einem Urteil dieser Art konfrontiert. Generell schaffen zwei Gesetze die Rahmenbedingungen für eine Stilllegung der Mine, und zwar das Minengesetz und, näher liegend, das Gesetz zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt. Der rechtliche Grund wäre der, dass durch den Betrieb der Mine eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung besteht. (El Periódico, 25. Juni 2010)

Montana Exploradora selbst hüllte sich in Schweigen und verkündete lediglich, dass man mit den Arbeiten in der Mine wie gewohnt fortfahren werde. Zudem habe die Regierung nach den von den Ministerien für Gesundheit, Umwelt sowie für Energie und Bergbau durchgeführten Untersuchungen offiziell anerkannt, dass der Abbau von Gold und Silber in der Mine Marlin weder Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, die Umwelt und die Wasserqualität noch auf die Schäden an Häusern habe (Prensa Libre, 25. Juni). Dabei existieren zahlreiche Gegengutachten, wie etwa das der Universität von Michigan, die Spuren von Schwermetallen wie Blei, Zink, Kupfer und anderen toxischen Substanzen in Blut- und Urinproben bei DorfbewohnerInnen, die in der Nähe der Mine wohnen,

nachgewiesen haben (Prensa Libre, 24. Juni).

Die letzte Nachricht aus dem Energie- und Bergbauministerium vom 13. Juli lautete, dass eine Stilllegung laut Gesetz im Moment ohnehin nicht möglich sei, da das Urteil der Interamerikanischen Menschenrechtskommission dem Ministerium nicht schriftlich vorliege. Solange das nicht der Fall sei, würden die Arbeiten in der Mine wie gewohnt weitergeführt werden. Wohl aber dachte Bergbauminister Romeo Rodríguez Menéndez, Nachfolger von Carlos Meany, in einem Zeitungsinterview laut darüber nach, das Minengesetz zu ändern und die Abgaben für ausländische Unternehmen, die derzeit bei 1 Prozent der Bruttoeinnahmen liegen, zu erhöhen. Montana Exploradora steht dem wie erwartet mit Unverständnis und Ablehnung gegenüber (Prensa Libre, 29. Juni).

Dass nationale und internationale Privatunternehmen, die an der Ausbeutung von Bodenschätzen interessiert sind, entsprechende Gesetze und Richtlinien einfordern, um ihre Geschäfte so rentabel wie möglich zu machen, und dabei breite Unterstützung aus höchsten Regierungs- und Ministerkreisen finden, hat nicht nur in Guatemala Tradition. Wohl aber ist insbesondere die Entwicklung des Projektes Marlin ein Paradebeispiel dafür, wie ebendiese Mechanismen funktionieren.

Die Regierung Álvaro Arzú hatte nach der Unterzeichnung der Friedensverträge 1996 mit der entsprechenden Gesetzgebung – unter anderem wurden die Steuerabgaben an den guatemalteken Staat für ausländische Investoren von 6 Prozent auf 1 Prozent der Einnahmen herabgesenkt – die Türen für internationale Akteure wieder geöffnet. Alfonso Portillo hat mit der Lizenzvergabe an Montana Exploradora den Weg geebnet. Mit Präsident Oscar Berger ging das Megaprojekt im Jahr 2005 schließlich in die Phase seiner Umsetzung. Zu diesem Zeitpunkt war der Goldpreis, er lag bei 423 Dollar pro Unze mit einer prognostizierten Steigerung auf 525 Dollar im Jahr 2006, so hoch wie seit 25 Jahren nicht mehr. (Luis Solano, Guatemala petróleo y minería en las entrañas del poder, 2005, S. 109).

Die Tatsache, dass die Regierung Berger (2004-2008) die Lizenzvergabe durch Portillo in keiner Weise hinterfragte, „wo sie doch den Teufel in jedem Geschäft der vorhergehenden Regierung sah“ (La Hora, Oscar Clemente Marroquín 14.01.2005), sondern vielmehr verteidigte und das Geschäft vorantrieb, ließ großen Raum für Spekulationen über eigennützige Interessen und die persönliche Bereicherung der politischen Akteure. Fragen ließ auch das Agieren der Regierung Portillo offen, hat sie doch wie zuvor die Militärregimes der 70er und 80er Jahre, die Investitionen ausländischer Unternehmen offen abgelehnt.

Schon vor der Inbetriebnahme der Mine Marlin machte die Bevölkerung öffentlich auf die potenzielle Gefahr aufmerksam, die der Abbau von Gold und Silber in der Nähe ihrer Dörfer birgt. (Luis Solano, Guatemala petróleo y minería en las entrañas del poder, 2005, S. 110).

Die ersten Protestmassnahmen wurden im Jahr 2004 von der Katholischen ArbeiterInnenbewegung der Diözese San Marcos (*MTC: Movimiento de Trabajadores Campesinos/Católicos*) in San Miguel Ixtahuacán und Sipacapa unternommen. Hauptkritikpunkte waren das Fehlen einer öffentlichen Befragung der Bevölkerung über das Projekt und die Sorge um vorhersehbare Umweltschäden durch den Abbau, der mit Hilfe von Zyanid erfolgen sollte. Monate später gründeten verschiedene Sozial- und Umweltorganisationen sowie BauernanführerInnen die *Frente Nacional contra la Minería de Metales a Cielo Abierto*, darauf folgte die Gründung der *Frente de Occidente contra la Minería* der acht Departements Totonicapán, San Marcos, Quetzaltenango, Huehuetenango, Quiché, Sololá, Izabal und Chiquimula umfasst. (ebda, S. 111)

Im Jänner 2005 blockierten hunderte EinwohnerInnen mit Bäumen und Steinen auf der Höhe der Gemeinde Los Encuentros im Departement Sololá die Autobahn nach San Marcos, um den Transport eines Zylinders, der auf dem Weg zur Mine Marlin war, zu verhindern. Die Blockade wurde von Militär und Polizei gewaltsam aufgelöst. Bei den Auseinandersetzungen, die den ganzen Tag andauerten, gab es ein Todesopfer auf Seiten der protestierenden Bevölkerung, zahlreiche Menschen wurden verletzt.

Seither beklagen die BewohnerInnen in San Marcos zahlreiche Übergriffe gegen GegnerInnen der Mine und die Kriminalisierung ihres Widerstands durch den Staat. Gegen zahlreiche Personen wurde ein Haftbefehl verhängt oder ein Strafprozess begonnen.

Ein weiterer tragischer Höhepunkt des Kampfes für Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben war der Anfang Juli verübte Mordanschlag auf Diodora Hernández Cinto, Mitglied der Widerstandsbewegung, aus der Gemeinde Maquivil. Sie wurde von zwei unbekanntem Männern angeschossen und trug schwere Verletzungen davon. Zurzeit ist es für sie aus Sicherheitsgründen unmöglich in ihr Haus zurückzukehren. Zu diesem Übergriff wurden Eilaktionen von diversen Organisationen verfasst, welche auf der Homepage der Guatemala-Solidarität und auf der Homepage von FIAN unter folgendem [Link](#) abrufbar sind.

Die Methoden der Repression erinnern an vergangene Zeiten. Sie äußert sich in permanenten Drohungen, der Einschüchterung und Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen durch die VertreterInnen der Unternehmen und dessen MitarbeiterInnen. Durch den Umstand, dass insgesamt an die 1.900 Menschen aus der Region direkt oder indirekt von der Beschäftigung in der Mine abhängig sind, werden zudem bewusst innerdörfliche und innerfamiliäre Konflikte provoziert.

Die Regierung forderte indessen die Umsetzung von drei Maßnahmen von Montana Exploradora, die Jesús Insua, Vize-Kommunikationsminister in einer Pressekonferenz verlas: Im Dorf Ágel soll die Installation einer permanenten Überwachungsstation für Vibrationen, die durch Sprengungen und Erdbeben verursacht werden und bereits zu Rissen in Häusern geführt haben, erfolgen. Weiters soll eine Studie zur Einschränkung der durch den Abbau verursachten Vibrationen in der Nähe des Dorfes Los Coches durchgeführt werden. Für den weiteren Abbau soll künftig eine Bestandsaufnahme des Zustandes der Häuser durchgeführt werden, um im Nachhinein eine Evaluierung bezüglich der Auswirkungen des Abbaus durchführen zu können (Prensa Libre, 6. Juli).

Zuletzt präsentierte die Organisation Asías (Asociación de Investigación y Estudios Sociales) am 23. Juli eine Studie zum ökonomischen Nutzen der Mine Marlin für den Staat, mit dem Ergebnis, dass lediglich 13,9 Prozent der gesamten Einnahmen (die Gehälter der Minenarbeiter und die Einnahmen der lokalen Wirtschaft und der Zulieferbetriebe miteingerechnet) im Land bleiben, während Goldcorp Inc. die restlichen 86,1 Prozent erhält. „Die Mine Marlin agiert in einem Klima der Illegalität“, sind sich Juan Pablo Pira und Edgar Marroquín von Asías, Bezug nehmend auf die negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung und die nicht stattgefundenen lokalen Volksbefragungen, einig. „Eine umfassende Reform der Minengesetzgebung hinsichtlich ihrer ökonomischen, umwelttechnischen und sozialen Aspekte ist dringend von Nöten“, so die Experten. Seitens des Unternehmens gab es dazu bis dato keine Stellungnahme (Prensa Libre, 23. Juli).

Am 28. Juli kam es zu einer erneuten Mobilisierung der BewohnerInnen von San Marcos in der Hauptstadt. 12 Personen reichten eine Anzeige gegen das Unternehmen Peridot ein, welches Ende der 1990er Jahre von Goldcorp angeheuert wurde um Land in der Region aufzukaufen, wobei zahlreiche Unregelmäßigkeiten und Betrugsfälle nachgewiesen werden können. Der damalige Geschäftsführer dieses Unternehmens Erick Alvaréz ist der aktuelle Präsident des Obersten Gerichtshofs, der jüngst im Prozess zur Wahl des Staatsanwalts in seiner Funktion als Mitglied der Kommission, welche für die Auswahl der KandidatInnen für diesen Posten verantwortlich ist, in ein schiefes Licht geraten ist. In diesem Prozess konnten zahlreichen AnwärtlerInnen für den Posten Verbindungen zum organisierten Verbrechen nachgewiesen werden.

VertreterInnen der insgesamt 18 betroffenen Gemeinden in den Bezirken San Miguel Ixtahuacan und Sipacapa halten mit Vehemenz an ihrer Forderung nach der sofortigen und dauerhaften Schließung der Mine Marlin fest. In ihrem Widerstand haben sie aber nicht nur gegen das Unternehmen vorzugehen, sondern sind, wie bereits erwähnt, auch stark von internen Spaltungen der Gemeinden und der Kriminalisierung betroffen. Unterstützung bekommen sie unter anderem auch durch die Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú und Alvaro Ramazzini, Bischof von San Marcos, der aufgrund seiner Beteiligung am Widerstand schon mehrmals bedroht wurde.

Weitere Informationen:

Auf der Homepage der Guatemala-Solidarität www.guatemala.at kann der Bericht *Territorios indígenas y democracia guatemalteca bajo presiones* abgerufen werden. Außerdem gibt es zahlreiche Artikel auf acoguate.blogspot.com, dem Blog des internationalen ZeugInnenbegleitprojekts sowie auf www.mimundo.org, der Webseite des Fotografen James Rodríguez.

Des Weiteren wurde auf Facebook die Gruppe *La vida vale mas que el oro* (Das Leben zählt mehr als Gold) eingerichtet, auf der aktuelle Artikel und Analysen über das Thema Bergbau in Guatemala zu finden sind.